

**Niederschrift zur 3. Sitzung des Regionalausschusses am Mittwoch, dem 11. Juli 2012
um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße 62,
28757 Bremen**

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.00 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift zur 2. Sitzung vom 3. April 2012
2. Durchbindung der Nordwestbahn
3. Eine Stadt – Ein Tarif
4. Sachstand BWK-Gelände
5. Sachstand Flächennutzungsplanung
6. Ausbau von Wohnungsbauflächen
7. Verkehrsentwicklungsplanung
8. BSC Nord, Auswertung der Kundenbefragung und Konsequenzen daraus
9. Einsatz von Verkehrsüberwachern in Bremen-Nord
10. Verschiedenes

Anwesende Mitglieder:

Blumenthal:

Geis, Peter
Kröger-Schurr, Gabriele für Klingenberg, Dennis
Pfaff, Andreas für Schwarz, Ralf
Krohne, Anke (beratend)

Burglesum:

Friesen, Ewald
Hennig, Reinhard
Strecker, Bodo für Hornhues, Bettina
von Groeling-Müller, Georg (beratend)
Rath, Frank (beratend)
Tegtmeier, Rainer (beratend)

Vegesack:

Pörschke, Thomas für Wemken, Manfred (ab ca. 18.38 Uhr)
Scharf, Detlef ab (18.50 Uhr)
Sprehe, Heike
Buchholz, Rainer (beratend)
Degenhard, Cord für Sonnekalb, Ralf (beratend)

Es fehlte:

Kurt, Sabri (beratend)

Sonstige Teilnehmer:

Herr Boehlke (Ortsamtsleiter Burglesum)
Herr Nowack (Ortsamtsleiter Blumenthal)
Herr Donaubaue (Bauamt Bremen-Nord)

Herr Dr. Heinke (Senator für Inneres und Sport)
Herr Lecke-Lopatta (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)
Frau Wesser-Niepel (Stadtamt Bremen)

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und Gäste. Die Einladung ist den Ausschusmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift zur 2. Sitzung vom 3. April 2012

Die Niederschrift zur 2. Sitzung vom 3. April 2012 wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Durchbindung der Nordwestbahn

Es wurde kein Vertreter des Senators für Umwelt, und Verkehr entsendet, da kein neuer Sachstand zu berichten wäre. Die Behörde hat ihre Stellungnahme zu den Tagesordnungspunkte 2 und 3 schriftlich übermittelt. Eine Kopie des Anschreibens wurde an die Ausschusmitglieder verteilt. Der Vorsitzende verliest zudem den Brief.

Auf die bereits vom Regionalausschuss Bremen-Nord aufgeworfenen Fragestellungen ist die senatorische Behörde noch nicht eingegangen. Auch auf die mündliche Nachfrage des Vorsitzenden bzgl. eines Sachstandsberichts zu den Ende Mai durchgeführten Probeläufen wurden keine Mitteilungen gemacht, obwohl nur einige Tage später in der Presse über die Testläufe berichtet wurde.

Herr Nowack reflektiert das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren aus dem die Nordwestbahn als Sieger hervorgegangen ist. Von der Nordwestbahn gemachte Ankündigungen wurden allerdings nicht eingehalten. Ein 15-Minuten-Takt konnte bisher nicht realisiert werden. Herr Nowack schlägt vor, zur nächsten Sitzung Herrn Senator Lohse mit der Bitte einzuladen, Stellung zu beziehen.

Frau Sprehe kritisiert, dass die gemachten Versprechungen nicht gehalten wurden. Sie erachtet die für Dezember 2013 geplante Realisierung der Durchbindung im 15-Minuten-Takt als viel zu spät. Frau Sprehe beschreibt das Verfahren bei verspäteten Zügen der Nordwestbahn.

Frau Krohne geht auf die im Anschreiben der senatorischen Behörde erwähnte Ausnahmegenehmigung ein. Hier sollte gefragt werden, was damit gemeint sei.

Herr Hennig möchte den Vorschlag von Herrn Nowack bzgl. der Einladung des Senators aufgreifen, um ihm weitere konkrete Fragen auch hinsichtlich möglicher Konsequenzen stellen zu können.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Regionalausschuss Bremen-Nord akzeptiert die Antwort des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr nicht. Der Zeitraum für die Realisierung einer Ausnahmegenehmigung von 1,5 Jahren wird als deutlich zu lang empfunden. Der Senator persönlich wird gebeten, in der nächsten Sitzung dem Ausschuss diese Regelung noch einmal zu erklären und selbst auch Rede und Antwort zu stehen. Darüber hinaus ist es so, dass punktuelle Ergänzungen der Signaltechnik kurzfristig zu realisieren sind.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 3 Eine Stadt – Ein Tarif

Die Einladung zur Sitzung wurde vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nicht wahrgenommen.

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Bereits seit mehreren Jahrzehnten besteht die Forderung, einen einheitlichen Tarif in Bremen gemäß dem Grundsatz „Eine Stadt – ein Tarif“ einzuführen.

Der Vorsitzende verliest die Passage des Briefs der senatorischen Behörde, die diese Thematik betrifft. In der schriftlichen Stellungnahme wird mitgeteilt, dass die Gesellschafterversammlung des VBN sowie der Verbandsversammlung des ZVBN zur Beschlussfassung über den Tarif Ende 2012 tagen werden. Gegenstand dieser Beratung ist allerdings nur die Absenkung der Preise der Schülerzeitkarten in der Preisstufe 2 auf das Niveau der Preisstufe 1.

Frau Sprehe zeigt sich fassungslos ob der mangelnden Unterstützung durch die Stadtbremer Bürgerschaftsabgeordneten. Bereits die Realisierung der Schülerkarten sei ein mühsamer Weg gewesen. Die Historie für die unterschiedliche Tarifstruktur mit den Preisstufen 1 und 2 ist ihr nicht bekannt.

Herr Nowack meint, dass bewusst mit der Angst gearbeitet würde, da angeführt wird, dass die Preisstufe 1 teurer werden würde, wenn die Preisstufe 2 gesenkt würde.

Fragen von der Bürgerschaft zur Preisentwicklung wurden mit dem Hinweis auf das Betriebsgeheimnis nicht beantwortet. Insbesondere sollte beantwortet werden, wie viele Zuschüsse es gibt und welche Einkünfte erzielt werden. Zudem sollte beantwortet werden, was mit den Fahrgeldern passiert, die eingenommen werden.

Die Einkünfte und Zuschüsse müssen offen gelegt werden, so wird deutlich, dass mehr Geld in die Kassen des Senators fließt. Die Strecke RS 1 würde sich selbst tragen.

Der ZVBN hat bekannt gegeben, dass der Nahverkehrsplan 2013 bis 2017 in die öffentliche Beteiligung gegeben wurde. Eine öffentliche Beteiligung erfolgt in der Regel erst nach der Beteiligung der Gremien. Eine Befassung ist bisher von der Deputation verneint worden. Herr Nowack bittet alle den ZVBN mittels eines Formulars aufzufordern, „eine Stadt – ein Tarif“ im Nahverkehrsplan 2013 bis 2017 umzusetzen.

Herr Nowack regt an, dass der Regionalausschuss eine Anfrage an die Verkehrsdeputation richtet und erfragt, in wie weit die Diskussion zum Nahverkehrsplan 2013 bis 2017 geführt wurde.

Beschluss:

Der Regionalausschuss Bremen-Nord richtet eine Anfrage an die Verkehrsdeputation. Er erfragt, in wie weit die Diskussion zum Nahverkehrsplan 2013 bis 2017 geführt wurde.

Ergebnis:

Der Beschluss wurde bei einer Enthaltung einstimmig gefasst.

Tagesordnungspunkt 4

Sachstand BWK-Gelände

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Donaubauer und führt in die Thematik ein und hebt die Bedeutung der Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen für den Bremer Norden hervor. Er kündigt an, dass die Bauleitplanung in Kürze beginnen wird.

Herr Donaubauer stellt den Geltungsbereich des Planaufstellungsbeschlusses, der im Mai 2012 ergangen ist, dar. Es wird ein Bebauungsplan mit dem Arbeitstitel 1288neu erlassen. Ein Vorentwurf liegt noch nicht vor.

In seiner Darstellung geht Herr Donaubauer auf die Erschließung, die durch die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH erfolgt, ein. Sie wird voraussichtlich entsprechend des Bedarfs in Etappen erfolgen.

Der Erschließungsplan wird voraussichtlich im Herbst 2012 vorliegen, so dass der Bau in 2013 erfolgen kann.

Es wird ein Lärmschutzgutachten erstellt. Zudem soll mit Niedersachsen eine gleichlautende Verordnung für das Trinkwasserschutzgebiet erstellt werden.

Zur Umsetzung des Hochwasserküstenschutzes wird derzeit ein Zuwendungsantrag vorberaten und anschließend ein Entwurf für den Bau einer Spundwand erarbeitet. Auf Grund von Haushaltsgesichtspunkten wird die Deichlinie im Abstand von acht Meter zum Wasser errichtet werden. Dieser Abstand wird noch mit Kränen überbrückt werden können.

Herr Donaubauer fasst zusammen, dass die WfB die Projektentwicklung federführend leitet. Das Vermarktungskonzept wurde in diversen Gremien vorgestellt. Im Herbst 2012 wird ein Vorentwurf in die Trägerbeteiligung gehen, so dass die Planung Mitte 2013 Rechtskraft erlangen kann.

Herr Degenhard geht auf die vorgestellten baulichen Entwicklungen und Veränderungen ein. Herr Donaubauer führt aus, dass der Abbruch der großen Halle der neuen Straßenführung geschuldet sei. Bezüglich der konkreten weiteren Nutzungen ist die WfB die zuständige Ansprechpartnerin. Es erfolgt eine Vorratsplanung.

Herr Scharf verweist auf die aktuelle Zwischennutzung, dem Palast der Produktion. Für die Schaffung von 6.000 Arbeitsplätzen, wie von Herrn Bürgermeister Böhrnsen kommuniziert, müsste sich auf dem Gelände Industrie ansiedeln.

Herr Donaubauer merkt an, dass der Aussage bzgl. der Schaffung möglicher Arbeitsplätze eine Statistik des Wirtschaftsressorts zu Grunde liegt.

Frau Krohne fragt, welche Dinge aus dem ehem. Masterplan und dem Architektenentwurf umgesetzt werden.

Ein Element sei beispielsweise die historische Achse, führt Herr Donaubauer aus. Es wird zudem eine Anbindung auf Höhe des Marktplatzes an die Samlandstraße geben. Auch ist eine Wegeverbindung zum ÖPNV-Sammelpunkt geplant.

Auf Grund der angespannten Haushaltssituation wird die Düne nicht realisiert.

Herr Donaubauer schließt eine kleinteilige Parzellierung nicht aus. Eine größtmögliche Flexibilisierung wird gesucht.

Es ist geplant, die Aue ggf. als Ausgleichsfläche zu renaturieren.

Herr Lecke-Lopatta beschreibt die Situation des ehem. BWK-Geländes als labil. Eine vollständige Vermarktungsperspektive ist nicht gegeben. Es wird auch entscheidend auf das Engagement aus der Region und dem Stadtteil ankommen. Das Zwischenprojekt zeigt auf, was möglich ist.

Es könnte auf dem Gelände beispielsweise auch eine Existenzgründung stattfinden. Das Bauressort wird sich ebenfalls einbringen.

Auf den Einwand von Herrn Strecker teilt Herr Donaubauer mit, dass, sollten Kräne an der Kaje in Betrieb genommen werden, in dieser Zeit der Weg für den Fußgängerverkehr unterhalb der Kräne gesperrt würde.

Frau Kröger-Schurr gibt zu bedenken, dass bzgl. Küstenschutzaktion evtl. ein vorliegender Architektenentwurf herangezogen werden kann.

Herr Donaubauer erläutert, dass lediglich die minimalste Lösung im Küstenschutz förderungswürdig ist.

Herr Geis fragt, wie viele Quadratmeter vermarktet werden und was passieren würde, wenn ein potentieller Investor sein Interesse bekundet.

Er fragt zudem, warum das Blumenthaler Rathaus aus der Planung ausgeschlossen wird, wenn doch die Arkaden der historischen Achse zugeordnet werden.

Herr Donaubauer verweist auf die WfB als Ansprechpartnerin für die Vermarktung. Das Planungsrecht ist individuell abzu prüfen. Die Arkaden gehören der WfB und sollen vermarktet werden. Das Blumenthaler Rathaus wurde ausgeklammert, weil hier ein anderer Eigentümer und eine andere Nutzung gegeben sind. Bestehende planungsrechtliche Vorgaben hierfür wurden nicht in Frage gestellt.

Herr Geis fragt, ob es hinsichtlich der Art des sich ansiedelnden Gewerbes Ausschlussbeispiele gibt.

Herr Donaubauer merkt an, dass über die Trägerbeteiligung die GI-Ausweisung diskutiert wird. Eine Empfehlung wird formuliert.

Auf die Nachfrage von Herrn Nowack bestätigt Herr Donaubauer, dass alles daran gesetzt würde, die Interessen zu befriedigen. Eine vorhabenbezogene Planung, die der generellen Beplanung vorgezogen wird, sieht er nicht.

Der Vorsitzende stellt als Beratungsergebnis fest, dass der Beirat Blumenthal bei der Erstellung des Bebauungsplanes entsprechend beteiligt wird. Das Verfahren wird zeitnah umgesetzt, so dass ausgeschlossen wird, dass potentiellen Investoren auf Grund fehlender Planungsschritte abgesagt werden muss.

Tagesordnungspunkt 5

Sachstand Flächennutzungsplanung

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Lecke-Lopatta und führt in die Thematik ein. Er erinnert an das Projekt „Bremen plant – Mach mit!“ Die Aktion wurde von den Ortsräten und Beiräten begleitet. Es wurden unter großem Zeitdruck Visionen entwickelt, so z.B. vom Beirat Vegesack während zweier Beiratssitzungen im November 2009. Herr Lecke-Lopatta wird gebeten, den aktuellen Sachstand des Projektes vorzustellen.

Herr Lecke-Lopatta geht zunächst auf den Leitbildprozess ein. Dass die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes über eine Legislaturperiode hinaus andauert, bewertet er als üblich. Bremen hat eine beispielhafte Beteiligung, insbesondere mit der Beteiligung der Beiräte durchgeführt.

Herr Lecke-Lopatta stellt die Schwerpunkte der Stadtentwicklung heraus. Die Entwicklung konzentriert sich insbesondere auf den Bereich der Innenstadt.

Es werden allerdings auch Innovationsbereiche, wie z.B. das ehem. BWK-Gelände, im Bremer Norden ausgewiesen.

Die Wohnbaukonzeption wird fortgeschrieben und mit dem Verkehrsentwicklungsplan soll ein Gleichtakt hergestellt werden. Die Demographie ist hierbei ein wesentlicher Bestandteil.

In das Landschaftsschutzprogramm fließen der Baumschutz und die Regenwasserrückhaltung entsprechend mit ein.

Herr Lecke-Lopatta stellt der zeitlichen Ablauf des Verfahrens vor. Zur Zeit findet die inhaltliche Planung statt. Im Herbst 2012 wird diese versendet, so dass im Anschluss die Beteiligung der Ortsräte und Beiräte erfolgen kann. Zentrale Themen, wie die z.B. Windkraft und Schulen sollen stadtweit in Workshops diskutiert werden. In voraussichtlich einem Jahr werden die Planungen öffentlich ausgelegt. Eine permanente Beteiligungsmöglichkeit soll über das Internet realisiert werden. Es wird eine Beschlussfassung in der Bürgerschaft im Jahr 2014 angestrebt.

Auf Nachfrage von Herrn von Gröling-Müller erläutert Herr Lecke-Lopatta das Verfahren zur Beteiligung im Internet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ab dem 4. Quartal des Jahres 2012 auf die Beiräte zugehen wird. Da mit dem Landschaftsschutzprogramm und dem Flächennutzungsplan Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte aufgestellt werden, sind sie sehr sorgfältig zu entwickeln. Die dafür notwendige Zeit sollte berücksichtigt werden.

Tagesordnungspunkt 6

Ausbau von Wohnungsbauflächen

Bereits während der Sitzung am 3. April 2012 hat Herr Donaubauer zum möglichen Ausbau von Wohnbauflächen berichtet. Er wird nun den aktuellen Sachstand vorstellen.

Herr Donaubauer teilt mit, dass in der von Herrn Böhrnsen eingerichteten Arbeitsgruppe diskutiert wurde, ob eine fristgerechte Bedarfsabdeckung an Wohnungsbauflächen in Bremen-Nord realisiert werden kann.

Die Geberstudie hat zwar einen Bevölkerungsrückgang prognostiziert, es wird allerdings von einem zusätzlichen Bedarf in Bremen-Nord ausgegangen. Der Wohnungsbaumarkt muss nach Möglichkeit attraktiv gehalten werden und die Projekte der Innenverdichtung unter Berücksichtigung der bestehenden Infrastruktur organisiert werden. Positiv wirkt sich die direkte Lage an der Weser aus.

Herr Donaubauer spricht in diesem Zusammenhang auch die Einnahmeerwartungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für Neubürger an sowie die vermeintlichen Abwanderungsbewegungen.

Der Rathaus-Arbeitskreis hat sich auf 6 Pilotstandorte verständigt, die das meiste Potential aufweisen. Herr Donaubauer stellt die Projekte beispielhaft dar.

Bezüglich der Flächen in Rönnebeck weist er daraufhin, dass diese mehreren Eigentümern gehören.

Das Gelände und die Immobilie des ehem. Hartmannstifts sollen über die Sommerpause ausgeschrieben werden. Es soll eine anteilige Wohnraumförderung umgesetzt werden.

Für die Fläche der ehem. Tauwerkefabrik in Grohn wird am 3. August 2012 das städtebauliche Verfahren entschieden. Parallel dazu findet die Bauleitplanung und Investorensuche statt. Das Gebiet an der Billungsstraße wird im Beirat Burglesum diskutiert. Dort wird eine Planungskonzeption vorgestellt, so dass anschließend in die Bauleitplanung eingestiegen werden kann.

Für den Lesumpark wird derzeit das Bauleitplanverfahren durchgeführt. Der Entwurf für eine Wohnraumnutzung (70 % sollen barrierefrei realisiert werden) ist bereits weit gediehen.

Wesentliche Punkte, die die fristgerechte Umsetzung der Wohnungsbaukonzeption betreffen, sind die Priorisierung auf Grund von Einnahmeerfordernissen der Stadt, die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen sowie die Integration der Wohnraumförderung.

Der Wohnungsbaubestand soll weiterentwickelt und durch private Wohnungsbauprojekte ergänzt werden.

Herr Geis fragt, ob dem Bauamt Bremen-Nord bekannt sei, dass sich das ehem. Dewersgelände in der Zwangsversteigerung befinde. Ggf. könnte sich die Stadt als Bieterin beteiligen.

Zudem spricht Herr Geis die Erschließung des Becketals an. Die Entwicklung von Perspektivfläche könnte auf Zuspruch treffen.

Herr Donaubauer empfiehlt langfristig und nachhaltig zu denken und keine Entscheidungen getreu dem Windhundprinzip zu treffen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Donaubauer für die Ausführungen und bemerkt, dass flexibles Handeln auch in Hinblick auf die Schaffung von Wohnbauflächen maßgebend ist.

Da zum Tagesordnungspunkt 7 kein Referent anwesend ist, schlägt der Vorsitzende vor, die Beratung des Tagesordnungspunktes 8 vorziehen.

Tagesordnungspunkt 7 Verkehrsentwicklungsplanung

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat keinen Referenten entsendet. Mit E-Mail vom 21. Juni 2012 hat die Behörde um die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 6. Juli 2012 gebeten. Es liegen der Behörde bereits Mitteilungen aus den Ortsämtern vor, dass diese Frist deutlich zu kurz ist.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Regionalausschuss Bremen-Nord fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die beabsichtigten Ziele im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung den jeweiligen Beiräten gem. § 10 Abs. 1 Ziffer 3 des Ortsgesetzes für Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 in der aktuell geltenden Fassung vorzustellen und sie in die weitere Entwicklung einzubeziehen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Hennig schlägt vor, die Ergebnisse der Beiräte Bremen-Nords im Regionalausschuss zusammenzufassen.

Es wird in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 9 eingestiegen.

Tagesordnungspunkt 8 BSC Nord, Auswertung der Kundenbefragung und Konsequenzen daraus

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wessel-Niepel und Herrn Dr. Heinke. Er verliest die Beschlussfassung aus der vorangegangenen Sitzung und bittet Frau Wessel-Niepel und Herrn Dr. Heinke die Ergebnisse der Kundenbefragung und die daraus abzuleitenden Konsequenzen vorzustellen. Außerdem bittet er Frau Wessel-Niepel zu möglichen Stellenkürzungen im Bereich Bürgerservice Stellung zu beziehen.

Herr Dr. Heinke erklärt, dass die Projektgruppe den Auftrag hat, das gesamte Stadtamt zu begutachten. Zzt. ist die Gruppe in der Ausländerbehörde tätig. Im Anschluss wird das Bürgerservicecenter insgesamt untersucht.

Die gemachte Umfrage bezog sich nur auf die Öffnungszeiten des BSC Nord, nicht aber auf die angebotenen Leistungen. Herr Dr. Heinke merkt an, dass nicht die Wünsche, sondern die konkreten Bedarfe erfragt wurden.

Die Ergebnisse der Kundenbefragung wurden kritisch betrachtet und ein Sollbedarf ermittelt. Herr Dr. Heinke verliest die gestellten Fragen. Der Fragebogen wurde vom 27. April bis 16. Mai an vier Standorten des Stadtamtes ausgegeben. Die Rücklaufquote lag mit 1.350 abgegebenen Fragebögen bei 88 %. Die meisten Fragebögen wurden in den Bürgerämtern und von Erwerbstätigen abgegeben. 86 % der Befragten gaben an, zufrieden oder sehr zufrieden mit den geplanten Öffnungszeiten zu sein. 1/3 der Befragten sprachen sich für eine Öffnung in der Vormittagszeit aus. Eine Öffnung von 17.00 bis 18.00 Uhr wünschen sich 19 %. In der Mittagszeit besteht kaum Bedarf für eine Öffnung. 13 % der Befragten gaben an, auf eine Samstagsöffnung angewiesen zu sein. 82 % gaben an, dass sie für den Besuch des BSC Nord keinen Urlaub nehmen müssten.

Insgesamt verfügt das BSC Nord über 16,1 Stellen, die mit 20 Mitarbeitern besetzt sind. Die Teilzeitquote beträgt 50 %.

An zwei Samstagen wurden Kunden im BSC Mitte befragt. Am 1. Samstag kamen 14 Kunden aus Bremen-Nord, am 2. lediglich ein Kunde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Vormittagsöffnung und eine Nachmittagsöffnung für den Montag und den Donnerstag am häufigsten gewünscht werden. Es wurde festgestellt, dass die Bedarfe der Vollzeitberufstätigen nicht ausreichend abgedeckt werden und hier ein Handlungsbedarf besteht.

Aus den Ergebnissen ist nicht abzuleiten, dass die Gesamtöffnungsstunden auszuweiten sind. Die Öffnungszeiten sind allerdings zu optimieren. Zur Kundensteuerung soll ein Nachmittag ausschließlich über Terminvergabe organisiert werden. An dem zweiten Nachmittag können die Kunden das BSC Nord ohne Termin aufsuchen.

Des Weiteren wird zunächst probeweise, um den konkreten Bedarf zu ermitteln, ein Samstag pro Monat von 9.00 bis 13.00 Uhr für Terminkunden angeboten.

Die neuen Öffnungszeiten können durch verkürzte Öffnungszeiten und der Einrichtung einer Mittagszeit (von 12.00 bis 14.00 Uhr) realisiert werden.

Das Stadtamt wird zwei einheitliche Öffnungskorridore einrichten. Die Öffnungszeiten beginnen morgens jeweils um 7.30 Uhr und auch die Mittagspause findet jeweils zur gleichen Zeit statt.

Das Stadtamt Bremen möchte die veränderten Öffnungszeiten für die Dauer eines Jahres testen und anschließend evaluieren, um ggf. anschließend nachsteuern zu können.

Der von der Projektgruppe entwickelte Entscheidungsvorschlag wurde der Lenkungsgruppe vorgelegt.

Frau Sprehe freut die Anzahl der eingereichten Fragebögen. Das vorgestellte Ergebnis deckt sich mit der eigenen Befragung. Ziel sollten weiterhin die Übertragung der Öffnungszeiten des BSC Mitte auf das BSC Nord sein.

Herr Nowack bedankt sich für die ausführliche Erläuterung. Er fragt, ob die Termingerechtigkeit garantiert werden kann. Evtl. sollte das Zeitfenster für Terminkunden kleiner als geplant angeboten werden.

Frau Wessel-Niepel führt aus, dass Terminkunden grundsätzlich ein Vorrang eingeräumt wird. Die sog. Laufkunden werden passgenau eingesteuert.

Herr Buchholz merkt an, dass die Kritik aus der letzten Sitzung nur zum Teil entkräftet werden konnte. Er kritisiert, dass die Umfrage zur Kundenzufriedenheit noch in den alten Räumen stattgefunden hat.

Für ihn sollte nicht lediglich der Bedarf, sondern der Service im Vordergrund stehen. Die Berücksichtigung der Umfrageergebnisse aus dem BSC Mitte hält Herr Buchholz für unzulässig, da sie unter großem Termindruck entstanden seien.

Er begrüßt das Angebot der Samstagsöffnung, allerdings sollte diese nicht nur für Terminkunden angeboten werden.

Herr Scharf meint, dass die Abendöffnungen sowohl für Termin- als auch für Laufkunden gelten sollten.

Herr Pörschke berichtet von seinen eigenen positiven Erfahrungen mit dem Bürgerservice in Bremen. Er verweist auf das beschränkte Budget der öffentlichen Verwaltung und erachtet aus diesem Grund die Befragung nach dem konkreten Bedarf als sinnvoll.

Auch Herr Pörschke fühlt sich in seiner Einschätzung bzgl. der Ausweitung der Öffnungszeiten hinsichtlich einer weiteren Nachmittags- und einer Samstagsöffnung bestätigt. Er sieht die Möglichkeit, das vorhandene Personal in die Öffnungszeitenplanung einzubeziehen. Er würde sich freuen, wenn der Vorschlag umgesetzt wird.

Frau Wessel-Niepel teilt mit, dass der vorgestellte Vorschlag umgesetzt wird. Nicht nur der Service soll grundsätzlich verbessert werden, sondern vorrangig Kundenkontakte vermieden werden.

Sie berichtet, dass im BSC Nord sehr gute Erfahrungen mit der Terminvergabe gemacht wurden. Selbstverständlich werden Kunden mit einem dringenden Anliegen ebenfalls bedient. Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Öffnungszeiten ist allerdings mehr Personal notwendig. Das Konzept wird derzeit erarbeitet. Anschließend wird das Mitbestimmungsverfahren initiiert.

Der Vorsitzende bittet Frau Wessel-Niepel um Auskunft zu kommunizierten Stellenkürzungen, insbesondere im Bereich des ehem. Straßenverkehrsamtes.

Frau Wessel-Niepel berichtet, dass Aufgabenpakete mit geringem Kundenkontakt gebündelt und in die Stresemannstraße verlegt wurden. In diesem Zusammenhang wurden die notwendigen Kundenkontakte und damit die Wege der Kunden reduziert. Tangiert sind hier insbesondere die Erteilungen von Fahrerlaubnissen für die Personenbeförderung. Diese Aufgabe kann nicht in der Allzuständigkeit eines BSC wahrgenommen werden. Insgesamt wurden damit 1,5 Stellen in die Stresemannstraße verlagert. Im BSC Nord werden weiterhin Führerscheinangelegenheiten und z.B. auch KFZ-Zulassungen angeboten. Im BSC Mitte wird dieses Angebot nicht vorgehalten.

Herr Degenhard kann die Umstrukturierung hin zur Stresemannstraße nicht nachvollziehen.

Frau Wessel-Niepel teilt mit, dass die Mitarbeiterin, die bisher nur KFZ-Zulassungen bearbeitet hat, nun in der Allzuständigkeit des BSC Nord eingesetzt wird. Es ist zwingend notwendig, Mitarbeiter ohne Kundenkontakt aus dem BSC herauszulösen. Das Spezialwissen kann in der Stresemannstraße zielgerichtet eingesetzt werden.

Auf die Nachfrage von Frau Krohne erläutert Frau Wessel-Niepel das Verfahren, dass angewendet wird, wenn Kunden kurz vor Ablauf der Öffnungszeit das BSC Nord aufsuchen.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass der Beirat Burglesum eine abendliche Öffnungszeit bis 20.00 Uhr beschlossen hat.

Herr Dr. Heinke bietet an, dass detaillierte Ergebnisse bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können. Lediglich eine sehr geringe Anzahl der Befragten hat sich für eine Öffnung länger als 18.30 Uhr ausgesprochen.

Auf die Nachfrage von Herrn Scharf führt Frau Wessel-Niepel aus, dass bereits drei Mitarbeiter vor einiger Zeit mit ihren Akten in die Stresemannstraße gezogen sind. Das Dienstleistungsangebot wurde allerdings nicht reduziert.

Der Regionalausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Er stellt fest, dass das Stadtamt Bremen der grundsätzlichen Forderung des Regionalausschusses Bremen-Nord nach einer zweiten verlängerten Öffnungszeit nachkommt.

Einmal im Monat wird es eine Öffnung am Samstag von 9.00 bis 13.00 Uhr geben. Dem Stadtamt Bremen sind die hierfür notwendigen Personalressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die Öffnungszeiten werden über die Dauer von einem Jahr erprobt und anschließend evaluiert. Der Regionalausschuss bittet die Behörde, ihm die entsprechenden Ergebnisse, auch etwaige Zwischenstände zu übermitteln.

Herr Dr. Heinke bittet die Teilnehmer ihm bei Bedarf Hinweise, Anregungen etc. per E-Mail unter projektbuero@stadtamt.bremen.de zukommen zu lassen.

Nach einem Jahr werden die neuen Öffnungszeiten evaluiert. Sollte sich in der Zwischenzeit bereits ein Bedarf zur Nachsteuerung abzeichnen, wird der Betrieb selbstverständlich weiterentwickelt.

Frau Wessel-Niepel verweist auf den QR-Code, der für das Stadtamt bereits an diversen Stellen im Stadthaus zur Verfügung steht.

Die Sitzung wird mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 7 fortgeführt.

Tagesordnungspunkt 9

Einsatz von Verkehrsüberwachern in Bremen-Nord

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bereits seit Jahren die Forderung nach einer konzentrierten Verkehrsüberwachung besteht. Am 17. Juli wird der Verkehrsausschuss die Parksituation insbesondere um den Vegesacker Hafen und dem Zentrum von Vegesack beraten.

Herr Boehlke trägt den Beschlussvorschlag für den Regionalausschuss Bremen-Nord vor.

Frau Wessel-Niepel geht auf den aktuellen Sachstand seit der Eröffnung des Stadthauses Vegesack ein. Von Montag bis Freitag ist ein Verkehrsüberwacher in Bremen-Nord im Einsatz. Neben dem Bereich um das Stadthaus Vegesack kümmert sie sich um den Bereich des Klinikums Bremen-Nord und die Straße Stehneckenhoff in Lesum. Der Bereich Wilmannsberg hat sich auf Grund des Überwachungsdrucks entspannt. Auch weiterhin wird rotierend ein Verkehrsüberwacher in Bremen-Nord eingesetzt.

Der Vorsitzende fragt nach der Überwachung des ruhenden Verkehrs an den Wochenenden.

Herr Dedner merkt an, dass die Polizei ihren Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten leistet. Eine Überwachung muss kontinuierlich vom Stadtamt gewährleistet werden. Die Polizei fordert bei großen Veranstaltungen weitere Verkehrsüberwacher an. Diese stehen dann allerdings nicht immer in der Anzahl oder an den richtigen Orten zur Verfügung.

Herr Boehlke bezeichnet den kontinuierlichen Einsatz von einer Person in Bremen-Nord als Schritt in die richtige Richtung.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Zur besseren Verkehrsüberwachung in Bremen-Nord wird der Senator für Inneres und Sport, respektive das Stadtamt Bremen aufgefordert, zwei feste Stellen von Verkehrsüberwachern in Bremen-Nord zeitnah einzurichten.

Ergebnis:

Die Mehrheit der Beiratsmitglieder stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Tagesordnungspunkt 10
Verschiedenes

Herr Henning bittet darum, die Tagesordnung zukünftig nicht zu umfangreich zu gestalten.

Auf die Anmerkung von Herrn Friesen bzgl. des andauernden Baus des Personenfahrstuhls am Bahnhof St. Magnus sagt Herr Boehlke zu, sich der Problematik anzunehmen.

Der Vorsitzende schließt um 22.00 Uhr die Sitzung.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Ausschusssprecherin